Hendricks will Atommüll auf mehrere Bundesländer verteilen
Wenzel: Castor-Vorschlag ein Stück mehr Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung

Freitag 19. Juni 2015 - **Hannover (wbn). Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will die 26 in den nächsten Jahren nach Deutschland zurückkehrenden Atommüll-Castoren auf mehrere Standorte in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein verteilen.**

Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) dazu: „Das war überfällig. Die Ministerin löst ein Versprechen ihres Vorgängers ein. Damit könnte es ein Stück mehr Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung in der Atommülllagerung in Deutschland geben."

(Zum Bild: 13 Züge mit Atommüll sind bisher nach Gorleben gefahren – 26 Behälter mit radioaktivem Abfall muss Deutschland in den kommenden Jahren noch aus Frankreich und Großbritannien zurücknehmen. Davon geht jedoch keiner mehr nach Niedersachsen. Archivfoto: Weber)

Fortsetzung von Seite 1

Außerdem weist Wenzel darauf hin, dass im Zuge der Entscheidung über das Standortauswahlgesetz mit einer Änderung des Atomgesetzes die Einlagerung von weiteren

Castorbehältern in Gorleben untersagt wurde. Er fordert die Energieversorger auf, ihre Klagen gegen das Atomgesetz zurückzuziehen.

Atomkraftgegner sehen Hendricks‘ Plan kritisch

Gleichzeitig gibt es Kritik von der Anti-Atom-Organisation ‚.ausgestrahlt‘ aus Hamburg. Deren Sprecher Jochen Stay: „Ich bezweifle, dass damit der Streit um die 26 Castoren beendet ist. Bisher gibt es nur vage Verabredungen mit den AKW-Betreibern. Technische, politische und juristische Probleme sind damit noch nicht aus dem Weg geräumt. In den betroffenen Bundesländern und Standorten ist noch vieles ungeklärt.“

Und eben diese betroffenen Bundesländer wollen von dem Atommüll offensichtlich nichts wissen. „Die Staatsregierung in München ist weiterhin grundsätzlich gegen Castor-Transporte nach Bayern. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier verknüpft die Annahmebereitschaft für Biblis mit der Zusage des Bundes, etwaige Schadenersatzansprüche von RWE aufgrund des Fukushima-Moratoriums 2011 zu übernehmen. Und der CDU-Bürgermeister von Philippsburg in Baden-Württemberg hat bereits massive Proteste angekündigt. Hendricks ist es in den letzten zwei Jahren nicht gelungen, die Bundesländer zu überzeugen. Mir erschließt sich nicht, wie dies mit dem neuen Plan gelingen sollte.“

Letztlich werde sich an den neuen Castor-Transporten neuer Protest entzünden. Stay spricht von einer „neuen Kraftprobe zwischen Bundesregierung und Anti-Atom-Bewegung“.